

31./III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Eine sozialdemokratische Landeskonferenz für Bayern tritt zusammen. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Die wichtigste Vorbedingung für einen Erfolg unserer Partei, die Einheitlichkeit unserer politischen Aktion, ist gefährdet. Noch nie war ein Zusammenwirken so notwendig wie jetzt. Aus diesem Grunde hat der Landesvorstand von dem § 11, Absatz 2 der Statuten Gebrauch gemacht und eine Landeskonferenz einberufen, in der die bedenklichen Vorkommnisse der letzten Zeit in parteigenössischer Weise besprochen und die Richtlinien für gemeinsame Handlungen festgelegt werden sollen. Wir bitten die Genossen im Lande dringend, die Erörterung der bedauerlichen Vorkommnisse in einzelnen Organisationen zurückzustellen, bis die Landeskonferenz gesprochen hat.“

Die schlesischen Sozialdemokraten mahnen zur Einheit. Die Bezirksleitungen der schlesischen Sozialisten erlassen in der „Breslauer Volkswacht“ einen Aufruf zur Bewahrung der Parteieinheit. Nach der Wiederkehr des Friedens könnten sich die schlesischen Sozialisten, von drei mächtigen Feinden umringt, am allerwenigsten den Luxus eines Bruderkrieges gestatten. Möge das in Berlin, Leipzig oder sonstwo anders sein, in Schlesien heiße das Interesse des Proletariats eisernen Zusammenhalt der Gleichgesinnten.

Weshalb Bernstein aus der Reichstagsfraktion schied. Die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht“ hat, wie wir schon berichtet haben, den Anschluß des Vertreters für Breslau-West, Eduard Bernstein, an die Haase-Gruppe getadelt mit dem Bemerkten, daß die Breslauer Sozialdemokraten ihre Abgeordneten in die durch Disziplin gebundene Gesamtfraktion entsandt haben, nicht aber in irgend eine größere oder kleinere Sonder-Arbeitsgemeinschaft. Bernstein erwidert in einer Zuschrift an die „Volkswacht“, worin er sich bitter beklagt, daß ihn die Reichstagsfraktion weder in die Steuerkommission entsandt, noch zum Redner über die auswärtige Politik gewählt habe:

„Deutlicher konnte es mir nicht klar gemacht werden, daß ich für eine erprießliche Betätigung im Reichstag auf ein Entgegenkommen von Seiten der jetzigen Fraktionsleitung und Fraktionsmehrheit nicht zu rechnen habe. Dennoch habe ich, wie schon vorher, auch da noch mich der Teilnahme an den Besprechungen der radikalen Fraktionsminderheit enthalten. Der vom Genossen W. Stolle in der Fraktion verlesene Beschluß, daß der Genosse Haase in der Debatte zum Notetat das Wort nehmen solle, ist ohne mein Wissen und Zutun zustande gekommen.“

Bernstein behauptet aber, daß die Minderheit Anspruch hatte, ihre Auffassung auf der Reichstagstribüne zu vertreten. Als Grund für seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion gibt Bernstein an:

„Indem die Fraktionsmehrheit den Beschluß faßte, der den Genossen Haase und die ihm Gleichgesinnten wie politisch unfähige hinstellt und ihn sofort durch die Streichung Haases aus der Reihe der Vertreter der Fraktion in der Budgetkommission in die brutale Praxis umsetzte, hat sie einen Gewaltakt verübt, den die Erregung des Augenblicks allenfalls erklären, aber niemals gutheißen machen kann. Unter diesen Umständen hätte ich es für einen Akt der größten Freigiebigkeit gehalten, mich den so in ihrem Recht beeinträchtigten Genossen nicht anzuschließen, wo sie zu der großen Frage, die heute dem Proletariat Europas gestellt ist, im wesentlichen die gleiche Haltung einnehmen, die mir als unabweisbar erscheint.“

Die „Breslauer Volkswacht“ läßt diesen Grund nicht gelten. Sie hält Bernstein vor, „daß andere Genossen, die sonst die Ansichten Bernsteins teilen, es doch noch lange nicht für nötig gehalten haben, einer außerhalb der Fraktion stehenden Arbeitsgemeinschaft beizutreten“.